

zung des Papstes, etwa der Art, daß er sich verpflichtet, bestimmte universalkirchlich relevante Entscheidungen nicht ohne vorhergehende Konsultation des Bischofskollegiums zu treffen. Eine rechtliche Einschränkung des päpstlichen Primats jedoch hielten die meisten Theologen für unvereinbar mit der Lehre des I. und II. Vatikanums.

Zwischen „neuem Papstgefühl“ und bleibendem Widerspruch

Trotz dieser Schwierigkeit hat sich in nachkonziliarer Zeit eine *ökumenische Entwicklung* angebahnt, die auch evangelische Christen das Papstamt mit neuen Augen sehen läßt. So registrierte *Harding Meyer* inzwischen „ein ganz neues Papstgefühl“, eine „bedeutungsvolle Wende“ von der bisherigen Fixierung auf das Papstamt als Hindernis hin auf das Papstamt als Hilfe und Dienst an der Einheit, wie sie auch in offiziellen *Dialog-Dokumenten* ihren Niederschlag gefunden hat. Für Meyer bedeutet dies letztlich die Rückführung zu jener „von den Reformatoren trotz aller Papstpolemik grundsätzlich vertretenen Auffassung, daß man im Interesse der Wahrung kirchlicher Gemeinschaft – ‚umb Friedens und gemeiner Einigkeit willen‘ – den päpstlichen Primat bejahen und annehmen könne, vorausgesetzt, er ordne sich dem Evangelium unter“.

Luthers Papstkritik war, wie Meyer aufzeigte, eine bedingte. Sie richtete sich nicht gegen das Papsttum als solches, sondern gegen eine bestimmte Weise der Amtsausübung. Die Vorwürfe, die im Verdikt vom Papst als „Antichrist“ ihre formelhafte Zuspitzung fanden, hatten einen theologischen Bezugspunkt: die reformatorische Erkenntnis von der Gnadenhaftigkeit des Heils und der Heiligen Schrift als oberster Richtschnur des Glaubens. Von daher konnte Meyer auch in der Papstfrage – trotz des „Eigengefülls“, das sie schließlich entwickelte – kein eigenes kontroverstheologisches Problem sehen.

Ungleich stärker als bei den lutherischen Christen hat sich bei den *reformierten* der Anti-Papst-Effekt verselbständigt und verfestigt. Für reformierte Christen ist es völlig undenkbar, sich einem universalen kirchlichen Amt unterzuordnen, schon gar nicht einem, in dem sie nur eine „großartige Fehlentwicklung“ erkennen können, wie es der an der Theologischen Fakultät Erlangen lehrende

schottische reformierte Theologe *Alasdair Heron* formulierte. Die Gründe für diese Abwehrhaltung liegen in der synodalen Kirchenstruktur, in einem ausgeprägten Gefühl der Eigenständigkeit und einer gehörigen Portion Skepsis gegenüber ökumenischen Zielvorstellungen, die den besonderen Anliegen der reformierten Tradition nicht Rechnung tragen.

Fazit: Eine Verständigung über das Papstamt wird also weiterhin in erster Linie im Gespräch zwischen katholischen, orthodoxen und lutherischen (und anglikanischen) Christen zu suchen sein. Zu diskutieren – und näherhin auf seine Realisierbarkeit zu befragen – wäre die von Theologen der verschiedenen Konfessionen vorgeschlagene Unterscheidung zwischen einem auf die *lateinische Kirche begrenzten Primat* des Papstes und einem universalen Petrusamt als Dienst an der Einheit der Kirchen, das als „Ehrenprimat“ verstanden wird. Dabei wird man die Schwierigkeit nicht übersehen dürfen, die sich daraus ergibt, daß auch eine pastoral definierte gesamtkirchliche Verantwortung ohne ein Mindestmaß an Rechtskompetenz in sich wesenlos wäre. „Ein Pastoralprimat“, folgert Kasper, „ist also nur dann theologisch sinnvoll, wenn er, wenigstens in der Substanz, die Intention dessen, was hinter dem Ausdruck ‚Jurisdiktionsprimat‘ steht, als ein Element unter anderen aufnimmt.“

Ein weiterer Faktor, der in dieser Diskussion nicht gering zu veranschlagen sein dürfte – und auch durch Tagungen wie diese zum Tragen kam –, besteht in den Rückwirkungen des Gesprächs mit den anderen christlichen Gemeinschaften auf das Selbstverständnis der jeweils eigenen Kirche. Gerade für die katholische Kirche könnte in einem solchen Prozeß der Auseinandersetzung, den Blank mit dem Stichwort der „innerkatholischen Ökumene“ angedeutet hatte, eine *Chance der Veränderung* liegen. Für Kasper, der in der gegenwärtigen Phase der Annäherung der Konfessionen „eine Art präkonziliares Geschehen“ sieht, heißt das: „Solange das Papsttum für die anderen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften als Hindernis für die Ökumene erscheint, muß die Kritik der nicht-katholischen Christenheit für die katholische Kirche ein Stachel im Fleische sein, um nach einer evangeliumsgemäßeren Verwirklichung des Petrusdienstes zu suchen und es so zum Dienst für die Ökumene zu machen.“

Helene Maria Reischl

„Ausgelernt – angeschmiert“

Zur einer Pädagogentagung in Kiel

Gerissen haben sich die Pädagogen um das Thema nicht. Aber sie kommen wohl nicht daran vorbei. Daß *Arbeitslosigkeit* sie etwas angeht, ist kaum zu bestreiten: Immerhin nimmt die Arbeit in ihrem Bildungsbegriff einen Stellenwert ein, der die, denen diese Arbeit fehlt, glauben läßt, sie besäßen kaum mehr eine Existenzberechtigung.

Beim neunten *Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft* zum Thema „Arbeit – Bildung – Arbeitslosigkeit“ in Kiel (26.–28. März) wurden dennoch *Zweifel an der Kompetenz* der Pädagogen laut. Man argwöhnt, der Schule könnten Dinge angesonnen werden, die diese nicht nur nicht zu verantworten habe, sondern die die ei-

gentlichen Ursachen nur weiter verschleierten. Dies könnte dann der Fall sein, wenn man angesichts massenhafter Arbeitslosigkeit individuelle Leistungssteigerung als Heilmittel empfiehlt, was die ohnehin stattfindende Selektion nach Leistungskriterien weiter anstachelt, nicht aber die insgesamt knapper werdende Arbeit angemessener verteilen hilft. Dies wäre der Fall, würde empfohlen, daß Bildung und Ausbildung einerseits und Arbeit andererseits wieder enger zusammenrücken sollten.

Eine pädagogische Provokation

Für die 1200 Teilnehmer des Kongresses ging es über weite Strecken darum, sich einem für den eigentlichen wissenschaftlichen Betrieb der Pädagogik neuen Thema zu nähern, das die pädagogische Praxis landauf, landab prägt. Nicht eine oberflächliche Aktualität sollte die Tagesordnung diktieren, sondern man wollte sich der Herausforderung eines gestörten Gleichgewichts, bestehend aus Bildung/Ausbildung und Arbeit, stellen. Professor *Helmut Heid* (Regensburg), der Präsident der Gesellschaft, bezeichnete die „Reduktion des Subjektes auf die Dimension der marktgängigen Arbeitskraft“, wie sie sich gegenwärtig im Kampf zwischen Mensch und Maschine um die Arbeit ausdrücke, eine „pädagogische Provokation“. Er finde es bedenklich, wenn Arbeit zunehmend nur mehr möglich sei unter Suspendierung dessen, was „in Festtagsreden zu den unveräußerlichen Wesensmerkmalen des Menschen gerechnet“ werde: „Entscheidungs- und Handlungsfreiheit, eigenständiges, unabhängiges Handeln und Denken, selbstbestimmtes Handeln.“

Heid betonte, daß es einer an der gesellschaftlichen Wirklichkeit von Erziehung interessierten Pädagogik nicht gleichgültig sein könne zu sehen, wie zwischen dem Anspruch auf eine Vermenschlichung der Arbeit und der Aussicht, überhaupt Arbeit zu finden, eine Asymmetrie entstehe, wie einerseits Leistung und Leistungsprinzip stärker Beachtung finden, andererseits aber vielen gerade die realen Möglichkeiten fehlen, etwas leisten zu können. Es müsse auch das als Leistung Anerkennung finden, was nicht in erster Linie der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft dient. Heid reklamierte eine Zuständigkeit der Pädagogik für die vom Kongreß aufgeworfenen Fragen, und zwar im Sinne einer „Parteinahme für den Menschen, der in schöpferischer Auseinandersetzung mit den Vor- und Aufgegebenheiten seiner Welt zugleich sich selbst verwirklicht“.

Die Pädagogen stehen vor einem Dilemma: Daß sie das Verhältnis von Arbeit und Bildung neu zu überdenken haben, daß die Fixierung auf die finanziell vergütete und damit gesellschaftlich gefragte Leistung nicht der Wahrheit letzter Schluß war, daß Bildung in einer zukünftigen Freizeitgesellschaft eine immer größere Bedeutung erhält, das alles sehen sie durchaus. Nur ist ihnen nicht ganz wohl dabei, daß man sie auf solche Defizite ausgerechnet zu einem Zeitpunkt stößt, an dem all das mithelfen könnte, massenhaft erlittene Arbeitslosigkeit etwas erträglicher zu

machen, gesellschaftliches Konfliktpotential zu neutralisieren bzw. den Wettbewerb unter den Ausgebildeten weiter anzuheizen.

Selbstverwirklichung oder Anpassung?

In ihrem Argwohn gegenüber Hoffnungen, die nun zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit auf die Pädagogik gesetzt werden, eher bestärkt wurden die Kongreßteilnehmer durch Bildungsministerin *Dorothee Wilms*. Den von ihr genannten *Aufgabenkatalog für das Bildungssystem* hörten die versammelten Pädagogen mit gemischten Gefühlen: Der Resignation der Jugend und ihrer Eltern vorbeugen, die pädagogischen Schäden möglichst gering halten, die Wissenschaftsakzeptanz verbessern, Voraussetzungen für technischen und wissenschaftlichen Fortschritt schaffen, pädagogische Konzepte zur Integration der Informatik in den Unterricht erarbeiten, den Arbeitsbegriff über den Erwerbsbereich hinaus entwickeln – über diese Dinge ließe sich nach Ansicht der Pädagogen im einzelnen durchaus reden. Aber der Begründungszusammenhang macht die Musik: Wo von Selbstverwirklichung des Menschen keine Rede mehr sei, sondern in erster Linie Anpassung an das Unvermeidliche verlangt werde, da wolle man sich nicht so ohne weiteres einspannen lassen. Im übrigen hatte man bereits mit der Grundannahme der Ministerin einige Mühe: Daß Bildungspolitik die Arbeitslosigkeit nur sehr bedingt verringern könne, darin stimmten sie ihr noch zu. Daß aber die Arbeitslosigkeit keine Krise der Arbeitsgesellschaft insgesamt andeute, darin war man nicht bereit, ihr zu folgen. Daß die Massenarbeitslosigkeit keine Frage von ein paar Prozentpunkten Bruttosozialprodukt mehr oder weniger ist, davon wurde überall ausgegangen. Ohne diese Annahme hätte der Kongreß für sein Leitthema wohl auch keine Geschäftsgrundlage mehr gehabt ...

Aber nicht nur die Beschäftigungspolitik der jetzigen Regierung wurde in Frage gestellt, die Steuerungsmöglichkeiten der Politik überhaupt erfuhren eine gewisse *Relativierung*. Unter historischem Blickwinkel stellt sich die heutige Arbeitslosigkeit den Pädagogen nicht als so einzigartig dar, wie dies vielfach erscheinen mag. Die Besonderheit der heutigen Situation bestehe darin, daß drei zyklisch auftretende Krisenerscheinungen zusammenkommen: demographische Entwicklung, Bildungsnachfrage und Wachstumsschwäche der Wirtschaft.

Vor dem Hintergrund des historischen wie auch des internationalen Vergleichs wurde wiederholt die Forderung nach einer verlässlichen und *langfristig konzipierten Bildungspolitik* erhoben. Eine innerhalb von Wahlperioden denkende Politik laufe Gefahr, zyklisch auftretende Erscheinungen nur noch zu verstärken, anstatt ihnen entgegenzuwirken. Schon heute, so die Bildungsplaner, zeichne sich beispielsweise ein neuer Mangel an Grundschullehrern für die neunziger Jahre ab. Voraussetzung für eine antizyklische Bildungspolitik sei zunächst einmal eine realistische Einschätzung der Eingriffsmöglichkeiten

staatlicher Steuerung. Gesellschaftliche Verhaltensweisen, die sich unabhängiger von der Politik verhielten als gemeinhin angenommen, seien in der Vergangenheit in ihren Auswirkungen zu wenig berücksichtigt worden. So zum Beispiel der höhere Anteil von Abiturienten unter den Schulabgängern sowie von Frauen in weiterführenden Schulen und im Beruf. Vieles habe man der Politik zugeschrieben, was von dieser gar nicht verursacht worden sei.

Unter dem Stichwort *Arbeit und Bildung* kommt auf die Pädagogik, das zeichnete sich in Kiel in den verschiedensten Bereichen ab, eine *Umorientierung* in grundlegenden Kategorien ihres Selbstverständnisses zu. Wenn die Arbeit für größere Teile der Bevölkerung ausgeht, scheint es sinnlos, die Menschen weiterhin in gleicher Weise wie bisher auf Arbeit hin auszurichten. Der Tendenz, Bildung den Anforderungen der veränderten Arbeitsbedingungen unterzuordnen, wird man sich entgegensetzen müssen, um ein pädagogisches Interesse gegenüber einer Funktionalisierung zu wahren.

Professor *Joachim Dikau* (Berlin) nannte es absurd, in Zukunft eine ähnliche Verinnerlichung von Leistung zu betreiben wie bisher. Unmöglich sei auch die herkömmliche Überbewertung der Kopfarbeit gegenüber der Handarbeit. Als Denkanstöße in die richtige Richtung bezeichnete er Bemühungen, den Arbeitsbegriff weiter zu fassen. Die Ambivalenz von Arbeit zwischen Mühsal und Last einerseits und Selbstverwirklichung andererseits bleibe jedoch mitzubedenken. Menschenbildung müsse neu geschehen in der Einheit von Arbeit und Muße bzw. *vita activa* und *vita passiva* als den säkularisierten Formen einer Spiritualität des *ora et labora*.

Idealistischer Berufsbegriff

Was sich als *Therapie* anbot, blieb insgesamt recht *vage*: Erwerbslosenarbeit, Errichtung von sog. Übungsfirmen als Alternative zur herkömmlichen betrieblichen Ausbildung, Projekte der Arbeitslosenselbsthilfe, Freizeitpädagogik – Versuche genug, sich einer inzwischen nicht mehr neuen Situation zu stellen. Unübersehbar aber, daß dies vielfach isolierte Bemühungen bleiben, weil ihnen die Einbindung in eine längerfristige Perspektive fehlte. Und überall die Befürchtung, man könnte das Problem zu

kurzatmig affassen, „falschen Retuschen des Problems“ (*Karl Wilhelm Stratmann*, Bochum) aufsitzen. Heraus aus den Problemen wäre man mit dem Rückzug in die reine Wissenschaft mit dem Ziel, eine unangemessene Pädagogisierung sozialer Probleme abzuwehren. So wenig man bereit war, mit pädagogischen Mitteln sich an der Lösung der Arbeitslosigkeit allzusehr zu beteiligen, der Wille, sich der Herausforderung der gegenwärtigen historischen Problemlage zu verweigern, schien groß zu sein. Im übrigen aber klopfte man sich an die Brust, manches zu spät wahrgenommen zu haben. Stratmann: Die Berufspädagogik stehe zwar zu Recht in Opposition zu einer technokratischen Bewältigung des Problems Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit werde aber ebenso zum Kritiker der Berufspädagogik: Die Berufspädagogik müsse sich die Frage gefallen lassen, ob sie mit dem Begriff des Berufs nicht zu idealistisch und naiv umgegangen sei.

Ein Defizit der Pädagogik verlängerte im übrigen auch der Kieler Kongreß: das unzulängliche Verhältnis der Erziehungswissenschaften zur Technik. Eine Arbeitsgruppe der Freien Universität Berlin trug Entwürfe für eine Überwindung des Dualismus von Mensch und Maschine vor. Das Selbstverständnis der Pädagogik stellt sich dieser Gruppe als ein „Musterbeispiel für das unverarbeitete und widersprüchliche Verhältnis der Sozialwissenschaften zur Technik“ dar. Ein Symptom hierfür sei es, wenn in pädagogischen Wörterbüchern Begriffe wie „Maschine“ oder „Technik“ kaum zu finden seien. Pädagogik huldige immer noch der Auffassung, „Menschenbildung und Persönlichkeitsentfaltung hätten mit Maschinen und Technik wenig zu tun“. (Vgl. ds. Heft, S. 271)

Der Kieler Kongreß markierte Defizite. Neue langfristige Perspektiven fehlten. Die vielfach zu hörende Forderung nach Überwindung des Grabens zwischen Arbeit und Muße deutete zwar eine Richtung an, blieb aber letztlich *Postulat*. Dies wird noch mit Inhalt zu füllen sein. Den meisten scheint es heute noch zu schön, um wahr sein zu können, von Muße und Freizeit zu reden, anstatt von dem, was sie in ihrem pädagogischen Alltag sehen: daß sie Menschen erziehen, die den Eindruck haben müssen, sie würden von dieser Gesellschaft nicht gebraucht; daß man nur halbherzig bis widerwillig daran geht, die insgesamt knapper gewordene Arbeit stärker umzuverteilen.

Klaus Nientiedt

Zeichen neuer Lebendigkeit

Zu einem theologischen Sammelwerk aus Frankreich

Nicht nur über kirchliche Strukturen und Entwicklungen in unseren europäischen Nachbarländern weiß man hierzulande oft erstaunlich wenig. Auch die theologische Produktion anderer Zungen wird, von wenigen Ausnahmen und speziellen Fachgebieten abgesehen, im deutschen Sprachraum nur recht bruchstückhaft rezipiert. Das gilt

nicht zuletzt für die französische Theologie, die wichtige Beiträge zur gedanklichen Vorbereitung des Zweiten Vatikanums leistete, bei der der Bruch mit den herkömmlichen Denkmustern dann aber vielfach radikaler ausfiel als auf der anderen Seite des Rheins (vgl. den Situationsbericht in HK, Februar 1981, 94–100).